



TAUWETTER

*... franziskanische Zeitschrift für Gerechtigkeit,
Frieden und Bewahrung der Schöpfung*



RÜSTUNGS export

Impressum

Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm,
Markus Fuhrmann ofm, Jürgen Neitzert ofm,
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter
Immermannstr. 20
Postfach 24 01 39
40090 Düsseldorf
Redtauwetter@aol.com
www.tauwetter-online.de

Gestaltung

www.kippconcept.de

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10)
Kontonummer: 10 130 896
IBAN: DE 43 3005 0110 0010 1308 96
SWIFT/BIC: DUSSEDDXXX

Editorial

Rüstungsexporte werden aus Deutschland legal in Länder geliefert, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Und egal welche Regierung im Amt ist, diese Exporte werden genehmigt oder nicht verhindert. Seit 1984 sind wir Franziskaner Mitträger der Kampagne kirchlicher Gruppen „Rüstungsexporte stoppen – Produzieren für das Leben“. Seit drei Jahren sind wir einer der Träger der neuen Kampagne „Aktion Aufschrei - stoppt den Waffenhandel“. So möchten wir mit diesem Tauwetterheft über die Opfer und Täter deutscher Rüstungsexporte informieren.

Der Autor Jürgen Grässlin zählt seit vielen Jahren zu den profiliertesten Rüstungsgegnern Deutschlands. Er ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des Rüstungs-Informationsbüros (RIB e.V.). Grässlin ist Träger des „Aachener Friedenspreises“. Er verfasste eine Vielzahl kritischer Sachbücher über die Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. Im Mai 2013 erschien sein *Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient*. Er kennt Opfer und Täter deutscher Rüstungsexporte und berichtet in seinen beiden Artikeln *Millionen? Ja, Millionen Opfer deutscher Gewehrexporte* und *Lug und Trug. Warum Deutschlands Rüstungsexporte nach der Bundestagswahl 2013 massiv ansteigen* werden über das staatlich geförderte Unrecht des Rüstungsexports.

Das Titelbild zeigt Abdiraman Dahir Mohammed aus Somaliland, Opfer deutscher Rüstungsexporte, mit dem G3 Gewehr, durch das er sein Bein verlor ...

Das INFAG-Grundlagenseminar, organisiert von der Koordination für „Gerechtigkeit und Frieden“ der mitteleuropäischen Franziskaner, hatte dieses Jahr das Thema: Engagement gegen Rüstungsexport. Referent war Thomas Meinhardt, Mitbegründer der Kampagne gegen Rüstungsexport. Hier sei kurz davon berichtet.

Allen Tauwetter-Lesern Mut zum Engagement gegen dieses Unrecht.

Millionen?

Ja, Millionen Opfer deutscher Gewehrexporte

Jürgen Grässlin

1. Persönliche Vorbemerkung: drei Jahrzehnte der Recherche

Seit nunmehr drei Jahrzehnten recherchiere ich harte Fakten zum Themenbereich Waffenhandel. Beim RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) werten wir hierzu die nationale wie internationale militärische Fachpresse aus. Zudem treffe ich mich mit Beschäftigten der Unternehmen oder diskutiere mit Repräsentanten der Rüstungsindustrie, des Militärs und der Politik.

Im Mittelpunkt meiner Recherchen stehen die entscheidenden Fragen: Wer erforscht, entwickelt und produziert Kriegswaffen, Rüstungsgüter, wie z.B. Militärfahrzeuge, oder zivil wie militärisch nutzbare Dual-Use-Güter? Wer genehmigt aus welchem Grund Waffentransfers an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, selbst an Diktaturen? Auf welchen Wegen werden deutsche Waffen legal wie illegal in diese Länder transferiert? Und: Was passiert, wenn „Kleinwaffen“, wie Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- oder Maschinengewehre, in den Krisen- und Kriegsgebieten ankommen?

Von Anfang an hatte ich die Betroffenen des Einsatzes aus Deutschland gelieferter oder in deutscher Lizenz nachgebauter Kriegswaffen – allen voran des europaweit führenden Pistolen- und Gewehrfabrikanten Heckler & Koch (H&K) – im Blick. Bei zahlreichen Recherchereisen nach Südafrika, Kenia, Somalia und in die Türkei standen und stehen seit Ende der Neunzigerjahre die Opfer der deutschen Rüstungsproduktions- und –exportpolitik im Fokus meiner Recherchen.

In den besagten Staaten traf bzw. treffe ich Menschen, die – je nach gesammelter Erfahrung und erlittenem Schicksal – mehr oder minder präzise beschreiben können, mit welchen Waffen ihnen oder anderen Leid angetan worden ist. Bei diesen Zusammenkünften habe ich mit mehr als 220 Opfern des Einsatzes aus Deutschland gelieferter oder in deutscher Lizenz im Ausland nachgebauter G3-Gewehre des in Oberndorf am Neckar ansässigen Kleinwaffenproduzenten Heckler & Koch intensiv Gespräche geführt. Ausnahmslos alle von mir interviewten bzw. exemplarisch erstmals in dem Buch *Versteck dich, wenn sie schießen* biografierten Menschen sind angesichts der erlebten Kriegsgeschehnisse traumatisiert.⁽¹⁾

Für manche der Betroffenen – allen voran für Zivilistinnen und Zivilisten – ist es nicht leicht, unterschiedliche Gewehrtypen verschiedener Hersteller aus den klassischen Produktions- und Lieferländern wie Russland, Deutschland, USA, Italien, Belgien oder Israel voneinander zu unterscheiden. Zumal deren Einsatz schlimmste Erlebnisse in Erinnerung ruft: von der Verletzung seiner selbst oder dem Tod von Freunden, Bekannten oder nahen Angehörigen. Bei meinen Befragungen, die zur Verifizierung vielfach an verschiedenen Tagen mit vergleichbaren Fragestellungen erfolgten, führte ich die Gesprächspartner notgedrungen in Situationen, in denen sie einen „Flashback“ erlebten. Vor ihrem inneren Auge laufen genau die Ereignisse erneut ab.

Meist anders ist die Ausgangslage bei denjenigen, die als Kombattanten selbst von Schusswaffen Gebrauch machten und die Waffen- und Bautypen dementsprechend detailliert beschreiben können. Allerdings zeigte sich, dass auch die Täter häufig schwerste Traumatisierungen erlitten haben und medizinische Betreuung bräuchten, die die Opfer wie die Täter jedoch nur in den allerseltensten Fällen erhalten.

Sind diese höchst emotionsgeladenen Befragungen legitim? Aus Sicht der Befragten allemal, wie sie nachdrücklich betonen. Erfahrungsgemäß sind sie froh, dass sie in ihrer Notlage ernst genommen werden. Immer wieder wurde und werde ich von ihnen gebeten, über die schrecklichen Geschehnisse eben in dem Land zu berichten, deren Waffenproduzenten

und Regierung sie für die Gewehrlieferungen verantwortlich machen. Den Opfern einer völlig enthemmten und vornehmlich profitorientierten Rüstungsexportpolitik eine Stimme zu geben, habe ich mir zur Lebensaufgabe gemacht.

2. Gewehre – die Massenvernichtungswaffen des 20. und 21. Jahrhunderts

Im Frühjahr 2010 publizierte das in Genf ansässige *United Nations Development Programme* (UNDP, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) eine aufschlussreiche Studie. Diese besagt, dass rund um den Globus jeden Tag durchschnittlich etwa 2.000 Menschen ihr Leben durch gewaltsam ausgetragene Konflikte oder kriminelle Handlungen verlieren – die weit überwiegende Anzahl durch den Einsatz so genannter „Klein- und Leichtwaffen“. ⁽²⁾ „Leichte Waffen“ umfassen Granatwerfer, Panzerabwehrkanonen und Mörser.

Anders als vielfach angenommen, sterben die allermeisten der in Kriegen und Bürgerkriegen Getöteten eben nicht durch den Einsatz von Großwaffensystemen. Fünf von hundert Menschen werden durch Beschuss mit Bomben, Granaten und anderen Geschossen aus Kampfpanzern, Militärhelikoptern, Kampflugzeugen oder Kriegsschiffen getötet. Schätzungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes zufolge werden durchschnittlich 95 von 100 Getöteten Opfer des Einsatzes von Klein- und Leichtwaffen.

Die wahren Massenvernichtungswaffen des 20. und 21. Jahrhunderts sind Handgranaten, Landminen und Mörser, Faustfeuerwaffen, wie Pistolen und Revolver, und allen voran Sturm-, Scharfschützen- und Maschinengewehre. Eine Waffengattung fällt dabei besonders negativ ins Gewicht: 63 Prozent – zwei von drei Menschen, die in kriegerischen Auseinandersetzungen ihr Leben verlieren – sterben durch Kugeln aus Gewehrläufen. An

den Opferzahlen gemessen sind Gewehre damit die effizientesten aller Kriegswaffen.⁽³⁾

Schwierig gestaltet sich die Berechnung der Anzahl der sich weltweit im Umlauf befindlichen Kleinwaffen. Verschiedenen Schätzungen folgend waren 2009 weltweit bis zu 900 Millionen Kleinwaffen im Umlauf.⁽⁴⁾ Aktuellere Untersuchungen gehen sogar von einem noch viel höheren Volumen aus.

Neben den rund 100 Millionen Kalaschnikow-Gewehren – unangefochten die Nummer 1 auf dem Kleinwaffen-Weltmarkt – befinden sich etwa 15 bis 20 Millionen G3-Schnellfeuer-gewehre der Heckler& Koch-„Waffenfamilie“ (so die H&K-interne Bezeichnung) im Umlauf. Damit rangiert das in Deutschland entwickelte G3-Gewehr auf Platz 2 im Ranking der global verbreiteten Gewehre.⁽⁵⁾ Auf den Plätzen folgen die Uzi der Israel Weapons Industries Ltd. (IWI), die M16 der Colt Defence LLC aus Hartford in den USA und die F-Gewehre der belgischen FN Herstal SA. Üblicherweise werden diese Gewehrtypen in Lizenzstätten in Europa, Asien oder Amerika nachgebaut.

3. Auf den Spuren des G3-Gewehrs in Türkisch-Kurdistan und Somalia

Bei meinen Rechercheisen konzentriere ich mich auf den Einsatz von Gewehren und Maschinenpistolen der Heckler & Koch GmbH, dem europaweit führenden Gewehr- und Pistolenfabrikanten und -exporteur. Das Problem: Auf den Schlachtfeldern und Exekutionsplätzen in aller Welt befinden sich in den seltensten Fällen Waffen aus einem einzigen Lieferland und eines Bautyps im Einsatz. Vielmehr stehen sich in der Regel verfeindete Kombattanten gegenüber, die – durch legale Direktexporte, vielfach legale und illegale Weiterexporte von Lizenznehmern oder durch Beutewaffen – beiderseits der Front über exakt dieselben Waffentypen verfügen. Wie also lässt sich beweisen, dass gerade das G3 oder die MP5, entwickelt von Heckler& Koch, die physische bzw. psychische Verletzung bewirkt hat?

Die Antwort kann nicht am Schreibtisch ermittelt werden. Sie kann nur von Betroffenen und Zeugen des Einsatzes besagter Kleinwaffen vor Ort gegeben werden. Unterstützt von Flüchtlings-, Friedens- und humanitären Hilfsorganisationen machte ich mich in Ländern auf die Suche, in denen aus Deutschland gelieferte oder in Lizenz gefertigte Kriegswaffen im Einsatz waren und sind. Wiederholt reiste ich nach Somaliland in Nordsomalia und nach Türkisch-Kurdistan im Südosten der Türkei.

Tatort Somaliland. Ein exemplarischer Fall ist der von Abdirahman Dahir Mohamed. Erstmals getroffen habe ich ihn vor gut zehn Jahren in einer Krankenstation des Somaliländischen Roten Halbmondes in Hargeisa. Als ich, wie so oft, mehrere Fotografien verschiedener Gewehrtypen in der Runde verletzter und kriegsversehrter Menschen in die Höhe hielt, schrie er bei der Ablichtung eines G3 laut auf. „Tschithree! Tschithree! This is the Tschithree!“, rief er lautstark, wild gestikulierend auf den Stumpf seines Beines zeigend.

Im Laufe dieser ersten Kontaktaufnahme und mehrerer Folgetreffen lernte ich seinen Lebensweg kennen und sein Schlüsselerlebnis. Im nord-somalischen Bürgerkrieg Ende der Achtziger und Anfang der Neunzigerjahre überfielen die Truppen des Diktators Siad Barre den Norden des Landes. Die in Somaliland lebenden Menschen sind friedliebend, sie wollten sich unabhängig erklären vom Bürgerkriegsland Somalia.

Zur Strafe schickte Siad Barre Militäreinheiten, die mit ihren Kalaschnikow- und G3-Gewehren zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung verübten. Seither reiht sich Massengrab an Massengrab. Genaue Opferzahlen sind nicht bekannt. Eines aber ist klar belegbar: die Herkunft der Schnellfeuergewehre. In Somaliland bin ich auf G3 der pakistanischen, iranischen und saudischen Lizenzfabrikation und aus Oberndorf gestoßen.

Abdirahman zählte zu den Soldaten, die mit einer Kalaschnikow ausgerüstet Widerstand leisteten. Ein Angreifer schoss ihm mit einer Kugel ins rechte Bein. Der Knochen zersplitterte G3-typisch in unzählige Teile. Der Siad-Barre-Soldat wurde von Abdirahmans Mitstreitern erschossen. Als

Abdirahman wieder erwachte, hatten sie ihm besagtes Bein auf Kniehöhe mit einer Machete abgehackt und zugenäht. Die Tatwaffe lag neben ihm.

Das Gewehr, mit dem die Angreifer aus Mogadishu Abdirahmans Bein abgeschossen haben, stammt – wie wir heute wissen – unstrittig aus der Oberndorfer Fabrikation. Auf dem Dreieck über dem Magazin ist die Gewehrnummer „G3-A3 6514250“ eingeprägt, darunter das Geweih des Beschussamtes Ulm.⁽⁶⁾ Damit ist bewiesen, dass der heutige Teehausbesitzer und vielfache Familienvater Abdirahman Dahir Mohamed zeitlebens durch eine Kugel aus dem Lauf einer Oberndorfer Waffe verstümmelt wurde. Das Leid dieses einen Menschen aber nimmt kein Ende: Abdirahman hat Knochenfraß. In unregelmäßigen Abständen muss ihm ein weiteres Stück des mittlerweile kaum mehr existenten Oberschenkelknochens abgesägt werden.

Für viele Beobachter erstaunlich ist die Tatsache, dass die Angreifer aus Mogadishu besiegt werden konnten und in Somaliland Frieden einkehrte. Abdirahmans Botschaft ist so einfach wie nachvollziehbar: „Das G3 soll auf der ganzen Welt ausgelöscht werden“, fordert er nachdrücklich, „so wie alle Waffen.“ Weil er nie wieder arbeiten kann, will er „Ausgleichszahlungen und Blutgeld von Deutschland“. Eine Forderung, die unerfüllt bleiben wird – wie die unendlich vieler seiner Leidensgenossen. Auch ein Grund dafür, dass er nicht weiß, wie er das Geld für die Medikamente aufbringen soll. Antibiotika und viele andere mehr.

Szenenwechsel – Tatort Türkei. Ein vergleichsweise klareres Bild ergibt sich bei der Analyse des von 1984 bis 1999 währenden Bürgerkriegs zwischen türkischen Sicherheitskräften (Militär-, Polizei- und Geheimdienstheiten) mit PKK-Kämpfern und Zivilisten im Südosten der Türkei. Meine zum Informantenschutz notwendiger Weise undercover geführten Interviews mit türkischen Soldaten ergaben eine eindeutige Vorgangsbeschreibung: Zwischen 80 und 90 Prozent der getöteten Kurdinnen und Kurden, so die gering voneinander abweichenden Aussagen meinerseits befragter Offiziere, wurden mit Schnellfeuergewehren des Typs G3 erschossen.

Damit steht zweifelsfrei fest, dass die Hauptvernichtungswaffe seitens der staatlichen Militäreinheiten das von H&K entwickelte G3 war. Das Schnellfeuergewehr wurde nach der Lizenzvergabe 1967 von Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKEK) bei Ankara nachgebaut. Mittlerweile sind die G3-Gewehre durch neue HK33-Gewehre ersetzt, die ebenso in Lizenz gefertigt werden.

Bei Aktionen von Polizisten gegen Kurden wurden im Häuserkampf H&K-Maschinenpistolen vom Typ MP5 eingesetzt, die seit Vergabe der Nachbaurechte 1983 bei MKEK hergestellt wird.

Die – wie alle Publikationen partizipierender und damit interessengesteuerter Kriegsparteien – mit Vorsicht zu betrachtende „Siegesbilanz“ des türkischen Staates propagiert folgende Opferzahlen: Bis Dezember 1998 sollen laut Aussage des damaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel „mehr als 40.107 ‚Terroristen‘ unschädlich gemacht“ worden sein. Zudem seien 5.238 „Zivilisten“ ums Leben gekommen. Von den rund 9.000 Kurdendörfern im Südosten der Türkei wurden 3.500 dem Erdboden gleichgemacht.⁽⁷⁾

Die Türkei und Somalia sind zwei augenscheinliche Beispiele von vielen, anhand derer sich der Fluch der Kleinwaffen offenbart. Beide Länderbeispiele stehen pars pro toto für das Töten mit deutschen Waffen rund um den Globus. Zugleich führen sie eine der zentralen Darstellungen der Rüstungsindustrie ad absurdum.

So kursiert nicht nur in Oberndorf die Schutzbehauptung, eine Waffe sei neutral. Schließlich könne man auch mit einer Gabel Menschen töten. So absurd die Vorstellung im Einzelfall erscheint, so schlüssig ist das Gegenargument: Schlichtweg unmöglich ist, mehr als 35.000 Kurdinnen und Kurden zu „ergabeln“. Ein Gewehr dient eben nicht als Museumsstück, sondern im Kriegseinsatz per „Dauerfeuer“ zum massenhaften Ermorden von Menschen.

4. Illegale G36-Gewehrexporte – unsere Strafanzeigen gegen Heckler& Koch

Die Techniker in Oberndorf haben längst dafür gesorgt, dass die Nachfolgegeneration des G3 und der MP5 den Weltmarkt erobern. In den vergangenen Jahren erfolgten erste Exporte einer völlig neuen Generation von H&K-Waffen. Zu ihnen zählen die Maschinenpistolen MP7 und UMP, die Sturmgewehre G36, HK416 und HK417, das Maschinengewehr MG4 u.v.a.m..

Als aus militärischer Sicht besonders effizient könnte sich die neue „Wunderwaffe“ XM25 entpuppen. Die von ATK in den USA und H&K in Deutschland entwickelte Granatmaschine kann um die Ecke schießen. Nach ersten Einsatztests an Kriegsgegnern in Afghanistan zeigten sich Soldaten der US-Streitkräfte angesichts der verkürzten Gefechtsdauer bei erhöhter Trefferquote äußerst erfreut. Auf der nichtoffiziellen Firmenwebsite www.hkpro.com jubilierten H&K-Fanatiker: „Die XM25 ist die tödlichste Handfeuerwaffe im Arsenal der Army.“⁽⁸⁾

Noch ist das XM25 nicht eingeführt, noch liegt der Schwerpunkt bei der neuen Tötungsmaschine G36 – einem vergleichsweise leichten, handlichen und präzise treffenden Sturmgewehr. Mit dem G36 schießen inzwischen Sicherheitskräfte in etwa 30 Staaten. Dessen Kadenz liegt mit theoretisch bis zu 750 Schuss pro Minute, höher noch als die Schussfrequenz des G3. Krieger in aller Welt loben die Robustheit, Treffgenauigkeit und Durchschlagskraft des G36.

Richtig Geldverdienen aber lässt sich seitens des G36-Lizenzgebers Heckler & Koch vor allem mit der Erteilung der Nachbaurechte, dem Aufbau ganzer Waffenfabriken inklusive der Ausbildung und der Schulung der Lizenznehmer.⁽⁹⁾ Bereits 1998 genehmigte die von Helmut Kohl und Klaus Kinkel geführte Bundesregierung die Errichtung einer ersten G36-Lizenzfabrik in Spanien. Zehn Jahre danach erteilte die von Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier geführte große Koalition eine zweite Genehmigung „für die Ausfuhr von Technologieunterlagen und Herstellungsausrüstung nach

Saudi-Arabien zur Fertigung bestimmter Bestandteile des automatischen Gewehres G36“.⁽¹⁰⁾

Für H&K erwies sich die G36-Lizenz an die Machthaber in Riad als äußerst lukrative Geldquelle. Rund 250 Millionen Euro – in etwa der Jahresumsatz des mittelständischen Unternehmens – sollen in die Konzernkasse gespült worden sein. Die Prognose ist wenig gewagt: In den folgenden Jahrzehnten wird sich dieser Transfer von Herstellungsmaschinen und Blaupausen als der tödlichste aller Rüstungsdeals erweisen. Wie bei den illegalen Weiterlieferungen von G3-Gewehren wird die saudische Herstellerfirma MIC auch G36-Sturmge- wehre an andere Staaten ausführen.⁽¹¹⁾ Wie beim G3 wird MIC unterzeichnete Endverbleibserklärungen missachten und erneut kriegführende Staaten auf dem afrikanischen Kontinent beliefern. Wie beim G3 wird die verantwortliche Bundesregierung den Rechtsbruch ignorieren und nicht einmal die Rücknahme der Lizenz fordern, geschweige denn durchsetzen.

Und noch ein Weg fördert die weltweite Verbreitung der G36-Gewehre. Nachweislich aus der Produktion des Oberndorfer Stammwerks stammende Sturmgewehre tauchten in den vergangenen Jahren widerrechtlich in den Kriegsländern Georgien und Libyen sowie in Unruheprovinzen Mexikos auf.

Über letztere erteilte mir ein direkt in den Fall involvierter Mitarbeiter umfassend Auskunft. Als ihm die Illegalität des Waffengeschäfts bewusst wurde, verließ er Heckler & Koch umgehend. Daraufhin stellte ich über meinen Rechtsanwalt Holger Rothbauer im April 2010 Strafanzeige gegen das Unternehmen – wegen des Verdachts illegaler G36-Gewehrlieferungen in die mexikanischen Unruheprovinzen Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart führte zwei Hausdurchsuchungen durch und sicherte umfassendes Beweismaterial. Zudem stellten wir im Namen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Strafanzeige wegen des Verdachts widerrechtlicher G36-Lieferungen an das diktatorische Regime Muammar al-Gaddafi in Libyen.

Seither ermitteln die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und das Zollkriminalamt in Köln. Zumindest

im Fall des nachweislich illegalen G36-Mexiko-Deals kann Anfang 2014 mit einer Anklageerhebung gegen Verantwortliche von H&K – darunter Führungskräfte – gerechnet werden.

5. Die Heckler& Koch-Todesuhr tickt – Kunduz Tag für Tag

Wer als Kriegsreporter oder -fotograf das Unterfangen wagt, Opferzahlen bei Schusswechseln, Massenexekutionen oder gar Schlachten zahlenmäßig oder visuell erfassen zu wollen, setzt sein Leben aufs Spiel. Die aktuell veröffentlichte „Rangliste der Pressefreiheit“ 2013 platziert Birma auf Rang 151, gefolgt von Mexiko (153), der Türkei (154), Ägypten (158), Pakistan (159), Saudi-Arabien (163), Sudan (170), Iran (174) und Somalia (175) – um eine Auswahl der schlimmsten Länder mit einem immens hohen Anteil an H&K-Waffen zu nennen. Die Anzahl der rund um den Globus angegriffenen bzw. bedrohten Journalisten erhöhte sich von 1.959 (2011) auf 1.993 (2012), die der getöteten im gleichen Zeitraum von 66 auf 89.⁽¹²⁾

Wie umfassend entsprechende Recherchen sind, belegt unter anderem die Studie „Body Count“ der Ärzteorganisation IPPNW. Sie versuchte nach einem Jahrzehnt des „Kriegs gegen den Terror“ die Zahl der Getöteten bei Militärs und in der Zivilbevölkerung im Irak, Afghanistan und Pakistan zu ermitteln. Pakistan befindet sich seit 2006 im Krieg. Laut einer Anzeige des Informationsministeriums in Islamabad ergebe sich eine Gesamtzahl von 24.467 Todesopfern im Land: 2795 Soldaten und 21.672 Zivilisten. Letzten Endes bleiben Opferangaben wie diese Schätzungen. Zum Vergleich: Der pakistanische Premierminister Gilani sprach im Herbst 2011 von einer Gesamtzahl von rund 40.000 Getöteten, unter ihnen 5.000 Soldaten und 35.000 Zivilisten.⁽¹³⁾

Trotz nicht immer verifizierbarer Faktenlage habe ich mir die Frage gestellt: Wie viele Menschen sind nach der Heckler& Koch-Firmengründung 1949 und der Wiederaufnahme der Waffenproduktion Mitte der Fünfzigerjahre durch den Einsatz von H&K-Waffen ums Leben gekommen? Die Ant-

wort ergibt sich aus einem Konglomerat eindeutiger Tatsachen und ernstzunehmender Schätzungen. Im Zweifelsfall habe ich Mittelwerte zugrunde gelegt.

Bei kriegerischen Auseinandersetzungen seit 1961 sollen etwa 30 Millionen Menschen ums Leben gekommen sein – 63 Prozent durch Gewehr- und 10 Prozent durch Pistolen- und Revolverkugeln.

Bei der firmenbezogenen Beantwortung der Frage helfen Aussagen bestens informierter Mitarbeiter der Oberndorfer Waffenschmiede weiter, die ich im Rahmen der Recherchen für das Schwarzbuch Waffenhandel in den vergangenen zwei Jahren getroffen habe. Übereinstimmend äußerten sie, dass der Weltmarktanteil der Oberndorfer Kleinwaffenschmiede je nach Waffengattung zwischen zehn und zwölf Prozent liege. Meine konservativen Berechnungen der Zahl der Menschen, die bis zum heutigen Tag durch den Einsatz von H&K-Waffen ums Leben gekommen sind, basieren dementsprechend auf einem Weltmarktanteil von durchschnittlich 11 Prozent.

Sie berücksichtigen die legalen H&K-Gewehrtransfers in offiziell 88 Staaten (de facto sind es weitaus mehr Länder, in denen mit H&K-Waffen geschossen wird) sowie die beachtliche Zahl nachweisbarer Lizenzvergaben, die den weltweiten Nachbau von H&K-Waffen in mindestens 17 Lizenzstätten zur Folge hatte bzw. hat.⁽¹⁴⁾ Hinzu kommen Hunderttausende von Waffen, die seitens der Lizenznehmer – widerrechtlich unter Bruch der Endverbleibserklärungen – unkontrolliert und ungestraft an andere Länder weiterexportiert werden. Angesichts der mindestens 15 Millionen in Umlauf befindlichen H&K-Schnellfeuergewehre ist das G3 die Nummer zwei auf dem Globus. Eingesetzt von Soldaten und Kindersoldaten, Guerilla- und Militäreinheiten sowie Terroristen.

All diese Determinanten einbezogen, zeigt sich folgendes Ergebnis: Bis heute sind mindestens 2.079.000 Menschen durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen getötet worden, weitaus mehr verkrüppelt und verstümmelt, nahezu alle traumatisiert. Angesichts dieser Opferzahlen ist Heckler & Koch das tödlichste Unternehmen in Europa.

Mit anderen Worten: Für die vergangenen gut fünfzig Jahre ergibt dies eine durchschnittliche Tötungsquote von 114 Opfern durch den Einsatz von Heckler& Koch-Waffen – wohlgermerkt pro Tag. Diese Zahl entspricht ziemlich genau der des Massakers von Kunduz im Norden Afghanistans. In der Nacht des 4. Septembers 2009 starben bei einem von Bundeswehroberst Klein angeforderten US-Luftangriff genau so viele Menschen, unter ihnen Kinder und Jugendliche.

Nach dem Kunduz-Massaker wurde ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags eingerichtet. Dagegen bleiben die durchschnittlich 114-H&K-Toten, die die H&K-Todesuhr Tag für Tag bemisst, weithin unbeachtet. Der Grund liegt auf der Hand: Das Thema ist mehr als unangenehm, Opferschicksale wie Opferzahlen schaden dem Image von waffenproduzierenden und -exportierenden Unternehmen und der die Rüstungsexporte und Lizenzvergaben genehmigenden Bundesregierung.

Bislang war es leicht, die Opferproblematik totzuschweigen. Denn die wenigsten Menschen sterben in Europa, die allermeisten auf Schlachtfeldern Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens. Sie werden von Kugeln getroffen, fernab der hiesigen Medienberichterstattung und damit unserer Wahrnehmung. Genau dies will die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ändern – sie gibt den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht.

Mit meinem jüngst publizierten Werk *Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient* füge ich der beschriebenen Opferperspektive eine zweite, nicht minder bedeutende hinzu: die der Täterprofile. Wer mehr über die maßgeblich verantwortlichen Täter in der Politik und in der Rüstungsindustrie erfahren möchte, findet darin zwei Täterranksings, die die Zahl der getöteten und verstümmelten Menschen als eines der maßgeblichen Kriterien mit einbezieht. Auf dem unrühmlichen Platz 1 rangiert der H&K-Hauptgesellschafter Andreas Heeschen.⁽¹⁵⁾

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ entwickelt sich weiter. Unterstützt von der Aufschrei-Kampagne organisierte die IPPNW im Mai

und Juni 2013 in Villingen nahe Oberndorf den internationalen Kongress „Zielscheibe Mensch“. Im Rahmen der Kampagne „Aiming for Prevention“ präsentierte der kenianische Arzt Dr. Walter Odhiambo bedrückende Einzelschicksale von Menschen, die Opfer des Einsatzes von Kleinwaffen wurden. Zu den Täterwaffen gehört auch das G3-Gewehr.⁽¹⁶⁾

Die IPPNW publiziert mit Walter Odhiambo „One Bullet Stories“, die das Schicksal der Menschen aufzeigen. Sie sind Ziel des Kleinwaffeneinsatzes – Kalaschnikows, G3 u.a. – geworden. Für die Zukunft wurde vereinbart, die One Bullet Stories nicht erst im Empfängerland beginnen zu lassen, sondern dort, wo die Waffen ihren Ausgang nehmen – gerade auch in Oberndorf am Neckar.⁽¹⁷⁾

Quellen mit Anmerkungen

1. Grässlin, Jürgen: *Versteck dich, wenn sie schießen*. Die wahre Geschichte von Samiira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr, München 2003; in der Volltextversion herunterladbar auf www.juergengraesslin.com> Buchautor
2. Stuttgarter Zeitung vom 12. Mai 2010
3. Siehe *Versteck dich*, a.a.O., S. 353 f. Anm.: Die Berechnungen basieren auf 41 Konfliktgebieten in den Neunzigerjahren. Modernste Waffensysteme wie Drohnenkriege sind dabei noch nicht erfasst.
4. Grässlin, Jürgen: *Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient*, München 2013, S. 410 f.: „Fünf oder sechs Patronen sind ein paar Schuhe“. Interview mit dem Friedensforscher Michael Ashkenazi vom Bonn International Center for Conversion (BICC), evangelisch.de vom 10. November 2009; „Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen“, siehe www.auswaertiges-amt.de
5. „The AK-47: the world’s favourite killing machine“, Control Arms Briefing Note vom 26. Juni 2006. Die Gesamtzahl der Kalaschnikow-Gewehre wird weltweit auf 70 bis 120 Millionen geschätzt.

6. *Versteck dich, wenn sie schießen*, a.a.O., S. 145 ff.
7. „Die »Siegesebilanz« des Bürgerkriegs in der Türkei (1984–1999)“, siehe *Versteck dich*, a.a.O., S. 282
8. *Schwarzbuch Waffenhandel*, a.a.O., S. 507 ff.
9. Im Gegensatz zu allen anderen Heckler& Koch-Kleinwaffenlizenzen (MP5, HK33, G36 etc.), die sich allesamt im Besitz des Unternehmens befinden, gehört die des G3-Gewehrs der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Umstand erklärt sich mit die Tatsache, dass das G3 eine Auftragsentwicklung des Bundes in Zeiten der Gründung und Bewaffnung der Bundeswehr Mitte der Fünfzigerjahre war. Der Bund finanzierte die Entwicklung des Schnellfeuer-gewehrs, vergab zwischen 1961 und 1981 alle 15 G3-Lizenzen und kassierte dementsprechend die Lizenzentnahme.
10. Schreiben von Jochen Homann, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, an Jan van Aken, MdB Die Linke, vom 22.08.2011
11. *Schwarzbuch Waffenhandel*, a.a.O., S. 486 ff.
12. FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT, REPORTER OHNE GRENZEN, Berlin 2013, S. 10 f.
13. IPPNW (Hrsg.): Body Count: Opferzahlen nach 10 Jahren „Krieg gegen denTerror‘. Irak Afghanistan Pakistan“, Berlin 2012, S. 72
14. *Versteck dich*, a.a.O., „Übersicht der Lizenzvergaben von H&K-Waffen“, siehe S. 393
15. *Schwarzbuch Waffenhandel*, a.a.O., Einzelprofile S. 30 ff. und Täterranks S. 571 ff.
16. Siehe Filmaufnahme zur Rede von Dr. Walter Odhiambo auf <http://www.zielscheibe-mensch.org/dokumentation.html>
17. „One Bullet Stories“, siehe <http://www.ippnw.org/afp/one-bullet-stories-about.html>

Lug und Trug.

Warum Deutschlands Rüstungsexporte nach der Bundestagswahl 2013 massiv ansteigen werden

Jürgen Grässlin

Im Herbst 2013 steht die nächste Bundestagswahl an. Deren Ausgang gestaltet sich im Vorfeld offen, jede Stimme zählt. Lange zuvor haben die Wahlkampfstrategen von CDU/CSU und FDP ausgemacht, welche Themenfelder das Wählervotum für die Regierungskoalition ungünstig beeinflussen werden, sollten die altbekannten Negativschlagzeilen erneut hochkochen. Zu diesen zählen bei Kampfeinsätzen getötete Bundeswehrsoldaten ebenso wie der stetig steigende Waffenhandel.

Die christlich-liberalen Wahlkämpfer haben geregelt, was zu regeln war: Zum einen, so die bereits eingeleitete Entwicklung, wird sich die Bundeswehr via Exitplan bis 2014 aus – dem vermeintlich befriedeten – Afghanistan zurückziehen. Der Abzug läuft längst. Und zum anderen wurden die Rüstungsexporte erstmals nach langen Jahren profitablen Wachstums gesenkt: Waren im Jahr 2010 noch ganz legal Waffen im Wert 2,119 Mrd. Euro ins Ausland transferiert worden, so minderte die Bundesregierung das Volumen des realen Waffenhandels 2011 deutlich auf 1,284 Milliarden Euro.⁽¹⁾

Sie reagierte damit auf die seit einem Jahrzehnt regelmäßig attestierten Umfragewerte von bis zu achtzig Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, wonach die Truppen schnellstmöglich aus dem afghanischen Kriegsgebiet abzuziehen seien. Auch im Rüstungsexportbereich ergaben zwei repräsentative Meinungsumfragen ein eindeutiges Votum versus Waffenhandel. In einer Forsa-Umfrage vom Sommer 2011 zur Aussage, „Dass

Deutschland Leopard-Panzer an Saudi-Arabien liefern will...“, erklärten 73 Prozent der Befragten, dies sei „nicht richtig“. Anhänger aller fünf im Bundestag vertretenen Parteien sprachen sich eindeutig gegen die Lieferungen schweren Kriegsgeräts an das repressive Königshaus in Riad aus.⁽²⁾

Ein Vierteljahr danach hatte TNS Emnid weiter gefragt: „Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?“ Diese noch tiefgreifender, weil umfassender gehaltene Frage erbrachte ein noch eindeutigeres Bild: Gerade mal 20 Prozent der deutschlandweit Befragten votierten pro Waffenexport. Dagegen sprachen sich 78 Prozent der Bundesbürger – 72 Prozent der Männer und 84 Prozent der Frauen – definitiv gegen Rüstungstransfers in andere Staaten aus.⁽³⁾

Waffenhandel in Wahlkampfzeiten birgt Sprengpotential, zumal dieser Politikbereich mittlerweile den Status eines Randthemas hinter sich gelassen hat und bei Anlass die Titelseiten der renommiertesten Tageszeitungen und Politikmagazine zielt. Man denke nur an die beiden Spiegel-Titelgeschichten zu den U-Boot-Lieferungen an Israel und den von Angela Merkel – auf dem Cover treffend abgelichtet im Kampfanzug – verantworteten Kriegswaffenlieferungen an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten.⁽⁴⁾ Diese erregten international Aufsehen und rückten die Merkel-Rösler-Regierung in ein katastrophales Licht.

Im Bundessicherheitsrat (BSR) werden die besonders brisanten Waffendeals entschieden, unter anderem die Schenkung oder Teilschenkung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel oder die Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an Saudi-Arabien. Dem Kabinettsrgremium gehören neun Mitglieder an: neben Bundeskanzlerin Angela Merkel und deren Stellvertreter Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière sowie Dirk Niebel als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Stimmberechtigt ist zudem Roland Pofalla als Chef des

Bundeskanzleramts. Bei Bedarf nehmen weitere Bundesminister sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr beratend teil.

Die Entscheidungen des BSR erfolgen im Bundeskanzleramt in geheimer Sitzung. Kein Wunder, schließlich ist dieses Thema mehr als jedes andere dazu geeignet, den Regierenden in Berlin die Maske der Menschenrechtswahrer und Friedensschaffenden vom Gesicht zu ziehen. Denn nur allzu gerne sprechen Angela Merkel oder Guido Westerwelle den Unterdrückten in der arabischen Welt und darüber hinaus Mut zu, sich für Demokratie und Meinungsfreiheit einzusetzen.

Wie Deutschland Unterdrücker des arabischen Frühlings hochrüstet

Genau das taten Abertausende von Mitgliedern der Demokratiebewegungen seit dem Jahr 2011. Von Tunesien ausgehend wagten sie es, den repressiven Machthabern im Maghreb sowie im Nahen und Mittleren Osten mutig entgegen zu treten. Bei einer Ägypten-Reise verkündete Deutschlands Außenminister Westerwelle im April 2011: In diesem Land werde entschieden, „ob dem arabischen Frühling ein Sommer folgt, oder ob es ein Zurück in einen Winter“ gäbe. Westerwelles Worte wiesen den Weg in die richtige Richtung: „Demokratie und Rechtsstaat gehören zusammen.“⁽⁵⁾

Die demokratische Entwicklung dürfe nicht in Ägypten halt machen, so der Bundesaußenminister in einer Regierungserklärung vom Frühjahr 2011: Ziel der Bundesregierung seien „stabile Demokratien und demokratische Stabilität“. (6) Stellungnahmen wie diese gehören zum Standardrepertoire der Repräsentanten einer christlich-liberalen Bundesregierung bei Auslandsreisen im Maghreb sowie im Nahen und Mittleren Osten. Während Kanzlerin und Minister den Demokratiebewegungen aufmunternde Worte zusprechen, wurden und werden knallhart Geschäfte getätigt.

Westerwelles postulierte seine wohlklingende Weltanschauung zu einem Zeitpunkt, da das Regime des Diktators Mohamed Hosni Mubarak längst gestürzt war. Bei einer Ägypten-Reise zuvor, hatte er noch dem Diktator in Kairo seine achtungsvolle Aufwartung gemacht. Zugleich hatte

die Bundesregierung mittels Ausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen und Rüstungsgüter das Regime Mubarak stabilisiert. Im Jahr 2009 verantwortete die Bundesregierung sogar die Verdoppelung der Waffentransfers auf 77,5 Millionen Euro gegenüber 33,6 Millionen Euro 2008. Die Lieferungen umfassten Kommunikationsausrüstung sowie Teile für gepanzerte Fahrzeuge, militärische Landfahrzeuge und Panzer – optimal geeignet zur Unterdrückung der Protestbewegung. Das diktatorische Regime in Ägypten rückte auf Platz 17 der deutschen Bestimmungsländer für Kriegswaffen vor.⁽⁷⁾

Bei Rüstungsmessen offenbart sich, welcher skrupellose Geschäft der staatlich legitimierte Waffenhandel darstellt. Die größte im arabischen Raum ist die alle zwei Jahre in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfindende International Defence Exhibition and Conference, kurz IDEX. Besonders bedrückend war die im Februar 2011, als sich in Nordafrika der Widerstand gegen die verhassten Diktatoren formierte.

Zeitgleich präsentierte auch die deutsche Rüstungsindustrie ihre Todesprodukte in Waffenschauen und bei Kampfvorfürungen. Das Spektrum der mehr als 70 deutschen Rüstungsproduzenten reichte beispielsweise von der Atlas Elektronik über die ATM Computersysteme, Blohm + Voss Naval, Carl Zeiss Optronics, Daimler AG, DIEHL BGT Defence, Diehl Defence Holding und Diehl Remscheid, Dynamit Nobel Defence, EADS, Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, Fr. Luerssen Werft, Heckler & Koch, Howaldtswerke-Deutsche Werft, Junghans Microtec, Krauss-Maffei Wegmann, MTU Friedrichshafen, Northrop Grumman LITEF, Rheinmetall Defence, Rohde & Schwarz bis hin zu ZF Friedrichshafen.⁽⁸⁾ Bedürfte es noch eines letzten Beweises dafür, dass die Menschenrechtssituation im Empfängerland deutscher Kriegswaffen keinerlei Rolle spielt, die IDEX lieferte sie 2011 wie auch 2013. Hier zeigt auch die deutsche Rüstungsindustrie ihr wahres Gesicht. Was zählt ist der Profit – nicht Menschenrechte und auch nicht Menschenleben.

In ihrem aktuellen GKKE-Rüstungsexportbericht publizierten die evangelische und katholische Kirche die Übersicht der 18 Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter (z.B. Militärfahrzeuge von Mercedes Military), deren Menschenrechtssituation 2011 als „schlecht“ oder

„sehr schlecht“ klassifiziert wurde: Ägypten, Algerien, Indien, Indonesien, Irak, Israel, Kolumbien, Libyen, Marokko, Oman, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, Türkei, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate und Vietnam. Das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) nannte gar 64 Länder die Kriegswaffen und Rüstungsgüter erhalten hätten, obwohl deren Menschenrechtssituation als sehr bedenklich eingestuft worden war. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es noch 48 Länder gewesen.⁽⁹⁾

Ein Blick in den im November letzten Jahres veröffentlichten Rüstungsexportbericht 2011 der Bundesregierung belegt, dass sich fünf Staaten unter den 20 wichtigsten Bestimmungsländern deutscher Waffentransfers finden: die Vereinigten Arabischen Emirate (auf Platz 3), der Irak (6), Algerien (8), Saudi-Arabien (12) und die Türkei (13). Allein das Königshaus in Riad erhielt Waffen und Rüstungsgüter im Wert von 139,5 Millionen Euro, darunter Grenzsicherungssysteme, Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Teile für Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge und unbemannte Luftfahrzeuge sowie Zielerstellungsdrohnen. Todbringend auch die Kleinwaffen- und die Munitionsausfuhren. Zu ihnen zählten Gewehre, Maschinenpistolen und Pistolen sowie Munition für Granatmaschinenwaffen und Teile für Geschütz-, Haubitzen- und Mörsermunition.⁽¹⁰⁾ Im Libyen-Krieg konnten sich im Sommer 2011 alle drei Konfliktparteien – Gaddafis Militärs, die Rebellen und die NATO – mit zuvor von der EADS/MBDA gelieferten Waffen bekriegen. Selten zuvor wurde offenbar, wie gut ein Krieg für das Geschäft eines Rüstungskonzerns ist.

Dass dieses inzwischen neue Dimensionen annimmt, zeigte sich im Herbst 2011: Der geheim tagende Bundessicherheitsrat genehmigte die Lieferungen von Fregatten, Militärfahrzeugen, Grenzsicherungsanlagen und eine Lizenz zum Bau des Transportpanzers Fuchs im Wert unglaublicher 10 Milliarden Euro an die Machthaber in Algerien. Die Sicherheitskräfte des diktatorischen Regimes von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika unterdrückt die dortige Demokratiebewegung mit harter Hand. Saudi-Arabien und Algerien stehen pars pro toto für eine Politik, die von Frieden, Freiheit und Menschenrechten spricht und zeitgleich Beihilfe zu Unterdrückung und Mord leistet.

Krieg ist gut fürs Geschäft der deutschen Rüstungskonzerne

Hoffnung flammte auf, als das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) im Frühjahr 2013 für die weltweite Entwicklung sinkende Rüstungsexporte auswies. Doch gegen den internationalen Trend einer immerhin fünfprozentigen Senkung legten die EADS (mit dem industriellen Anteilseigner Daimler und der staatlichen KfW-Bank) sowie die vier in Deutschland situierten Rüstungskonzerne mit ihren Waffenverkäufen im Vergleich zu den Vorjahren zu.

Unter Einbeziehung der EADS fanden sich im Jahr 2011 fünf Unternehmen aus Deutschland im Ranking der „Top 100“: die EADS (auf Platz 7), die Rheinmetall AG (Platz 26), die ThyssenKrupp AG (Platz 49), die Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG (Platz 54) und die Diehl Stiftung GmbH (Platz 60). Laut SIPRI steigerte die EADS die Waffenverkäufe von 2010 auf 2011 von 16,36 auf 16,39 Milliarden US-Dollar, Rheinmetall von 2,66 auf 2,98 Mrd. Dollar, ThyssenKrupp von 1,34 auf 2,08 Mrd. Dollar, KMW von 1,59 auf 1,74 Mrd. Dollar und Diehl von 1,21 auf 1,38 Mrd. Dollar.⁽¹¹⁾ Während die Welt insgesamt etwas friedlicher wurde, verdienten Deutschlands führende Rüstungsriesen verstärkt am Geschäft mit dem Tod.

Auch die aktuellen Bilanzzahlen der EADS sprechen eine klare Sprache: Dem Einbruch im Krisenjahr 2009 folgten Umsatzsteigerungen von 42,8 auf 45,8 Milliarden Euro (2010), auf 49,1 Milliarden Euro (2011) und auf 56,5 Milliarden Euro (2012). Hatte das EBIT (Earnings Before Interest and Taxes) 2009 noch einen Verlust von 322 Millionen Euro betragen, so stiegen die Gewinne vor Zinsen und Steuern von 1,2 auf 1,7 und 2,2 Mrd. Euro von 2010 bis 2012.⁽¹²⁾

Über Direktexporte bzw. die Vergabe von Nachbaurechten per Lizenzfertigung gelangen mehr und mehr in der Bundesrepublik Deutschland produzierten bzw. entwickelten Waffen und Rüstungsgüter in die entferntesten Winkel der Welt. Dabei ist die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen der Regelfall, die Untersagung die Ausnahme. Im Jahr 2010 standen den Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von rund 4,75 Milliarden Euro und

Sammelausfuhrgenehmigungen (SAG) von 737,3 Millionen Euro abgelehnte Anträge im Wert lächerlicher 8,1 Millionen Euro gegenüber. Mit einer SAG wird die Ausfuhr einer Gruppe von Gütern, beispielsweise Waffen, an mehrere Empfänger erteilt. Sie kann sich über mehrere Jahre hinweg ziehen und somit intransparent in der Statistik verbucht werden. Dramatischer noch sind Zahlen für 2011: In diesem Jahr erreichten die Einzelausfuhrgenehmigungen ein Volumen von 5,41 Milliarden Euro, die Sammelausfuhrgenehmigungen einen Umfang von 5,38 Milliarden Euro. Dem standen Ablehnungen im Gesamtwert von 24,8 Millionen Euro entgegen. ⁽¹³⁾

Der Gesamtwert genehmigter Einzel- und Sammelausfuhren von weit mehr als 10 Milliarden Euro allein im Jahr 2011 lässt für die nahe Zukunft eines voraussagen: In den nächsten Jahren – und damit nach der Bundestagswahl – werden die Rüstungsexporte Deutschlands erneut massiv ansteigen. Eine Prognose wie diese ist wenig gewagt. Die im letzten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung vor der Bundestagswahl dokumentierte Senkung der real erfolgten Rüstungsexporte für das Jahr 2011 erweist sich damit als eine Art Wählerl Täuschung aus der Rubrik „Lug und Trug“.

Wohin die Reise geht, ließ die Bundeskanzlerin im September 2011 beim Bergedorfer Gesprächskreis in Berlin und im Oktober 2012 bei der Bundeswehrtagung in Strausberg durchblicken: Die neue „Merkel-Doktrin“ besagt, dass Scheindemokraten und Diktatoren zukünftig noch mehr Kriegsgerät aus Deutschland erhalten sollen. Die geplante Lieferung von 270 Leopard 2 an das saudi-arabische Königshaus ist lediglich der bekannteste der geplanten Waffentransfers. Verräterisch ist der Bautyp: Der Kampfpanzer von Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall Defence soll in der Version A7+ geliefert werden: bestens geeignet zur Aufstandsbekämpfung. In diesem Sinne können die Sicherheitskräfte vor Ort das tödliche Geschäft mit deutschen Waffen selbst erledigen.

Die Vorteile aus Sicht der Bundesregierung liegen auf der Hand: Mit dem Export von Mordwerkzeugen können Auslandseinsätze der Truppe minimiert und die Profite der Rüstungsindustrie gesichert werden – weit über die Bundestagswahl 2013 hinaus. Eine völlig neue Generation von Kriegswaffen und

Rüstungsgütern soll die Zukunft der deutschen Rüstungsindustrie sichern: vom XM25-Granatwerfer von Heckler & Koch (und AlliantTechSystems), über Grenzsicherungsanlagen bis hin zu Kampfdrohnen der EADS und ihrer Kooperationspartner – um nur einige Beispiele zu nennen.

Die mehr als hundert Mitgliedsorganisationen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ setzen sich aktiv dafür ein, Rüstungsexporte grundsätzlich zu verbieten. In Zusammenarbeit mit den Aktivistinnen und Aktivisten von „Legt den Leo an die Kette“ soll der Export der Leopard-2-Kampfpanzer an Saudi-Arabien verhindert werden.

Quellen

- 1 Rüstungsexportbericht 2010, S. 33
- 2 Forsa-Umfrage vom 7. und 8.07.2011 im Stern 29/2011
- 3 Umfrage von TNS Emnid, 1005 Befragte am 4./5.10.2011 im Auftrag der Linken
- 4 „Merkels geheime Rüstungsdeals. Deutsche Waffen für die Welt“ in der DER SPIEGEL 49/2012, Titelbild und S. 20 ff.
- 5 FAZ.NET vom 19.04.2011
- 6 FAZ.NET vom 05.07.2011
- 7 Rüstungsexportbericht 2009, S. 24
- 8 www.idexuae.cfm > Exhibition List
- 9 GKKE-Bericht 2012, „Beispiele für problematische Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte“, S. 7 und S. 46
- 10 Bundesregierung (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2011 (Rüstungsexportbericht 2011), S. 76 ff.
- 11 „The SIPRI Top 100 arms-producing and military service companies in the world 2011“ vom 18.02.2013
- 12 EADS-Pressemitteilung, „Anhaltendes Wachstum: EADS veröffentlicht starke Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2012“, Amsterdam vom 27.02.2013
- 13 Rüstungsexportbericht 2011, S. 20 und 23

Palmsonntag – Panzer – Passion

„Für das Leben. FranziskanerInnen gegen Waffenhandel“ –
INFAG-Grundlagenseminar 2013

Br. Stefan Federbusch ofm

Panzer am Palmsonntag – das sorgt für Irritationen. Schilder aus Holz, die den Leopard II – Panzer symbolisieren, begleiteten die Statio am Beginn der Palmsonntagsliturgie im Kloster Oberzell. Gehalten von den zwanzig Teilnehmenden des INFAG-Grundlagenseminars für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, das sich vom 22.–24. März 2013 dem Thema „Deutsche Rüstungsexporte“ widmete.

Deutsche Rüstungsexporte

„Legt den Leo an die Kette.“ Der Leopard II – Panzer ist das Symbol schlechthin für Waffenexporte aus deutscher Produktion auch in Länder, in denen massive Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Mit den Ausfuhrgenehmigungen verstößt die Bundesregierung gegen ihre eigenen Richtlinien. Deutschland ist nach den USA und Russland zum drittgrößten Rüstungsexporteur geworden. Der Tod kommt aus Deutschland. Dies betrifft Groß- wie Kleinwaffen gleichermaßen. Allein durch Kleinwaffen (Pistolen, Gewehre) der Firma Heckler & Koch sind seit dem II. Weltkrieg nach Schätzungen von Experten mehr als 1 Million Menschen ums Leben gekommen. Diese Form des Rüstungsexports widerspricht massiv der Intention des Grundgesetzes, das eine äußerst restriktive Politik in diesem Bereich vorsieht.

Aktion Aufschrei

Darauf aufmerksam zu machen und Veränderungen zu bewirken ist Ziel der „Aktion Aufschrei – Rüstungsexporte stoppen“. Träger dieser Aktion sind u.a. die deutschen Franziskaner sowie Misereor, Pax Christi und viele weitere Bündnispartner. Die Aktion Aufschrei hat für ihr Engagement den Stuttgarter Friedenspreis 2013 bekommen. Gefordert wird eine Klarstellung im Grundgesetz. In § 26 Abs. 1 heißt es: „Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen“. Absatz 2 soll daher präzisiert werden um den Satz „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz“.

Panzer am Palmsonntag

Sr. Gertrud Smitmans erläutert den Zusammenhang in der Statio so:

„Viele Menschen aus dem jüdischen Volk pilgern nach Jerusalem, um in der Stadt Gottes Pascha zu feiern. An solchen Festtagen wird der Messias mit besonderer Sehnsucht erwartet. Man verbindet mit seiner Ankunft, dass Israel endlich befreit wird und seine Autonomie zurück erlangt. Die Römer haben ihre Truppen in Jerusalem verstärkt, um einen Aufstand niederzwingen zu können.

Das Volk von Jerusalem sieht in Jesus einen König, einen Herrscher, den Überwinder der römischen Macht. Dazu gehören Waffen, Truppen, Kämpfe. Auch wir vertrauen auf die Mächte der Gewalt – wie hier die Leopard-Panzer, Kriegsschiffe, Flugzeugträger und was uns sonst so einfällt. Wir in Deutschland produzieren sie. Wir exportieren sie. Wir säen Tod – und sagen „Frieden“.

Jesus zieht ein in Jerusalem auf einem Esel – nicht auf einem Kampffrosch – nicht auf einem Panzer. Auch unsere Zeichen der Gewalt sind mit ihm nicht zu vereinbaren. Angesichts seines Gottesreiches wendet sich das Hosanna in „Kreuzige ihn“. Und die Hoffnung auf Waffen und Gewalt zerfällt.

Wir ziehen mit Jesus ein in Jerusalem mit den Palmen des Friedens und der Gewaltlosigkeit. Und angesichts der weltlichen Macht gilt auch für uns das Wort Jesu aus der Passion vor dem römischen Statthalter Pilatus: Wenn mein Reich von dieser Welt wäre, dann würde mein Vater Legionen schicken. Mein Reich ist aber nicht von dieser Welt.

Unsere Waffen sind die Waffen der Barmherzigkeit, der Gerechtigkeit, der Liebe zu den Armen, bei den Armen, in denen wir Jesus finden.

Aus diesem Grund bleiben die Plakate der Leopard-Panzer außerhalb des Gottesdienstraumes.“

Aus Passion für das Leben – weil viele leiden

Die Aktion „Aufschrei“ trägt das programmatische Handlungsmotto: „Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht“. Als Schwestern und Brüder der Franziskanischen Familie haben wir vielfältigen Kontakt zu Opfern deutscher Rüstungsexporte. Ein Mitbruder – dessen Name hier aus Sicherheitsgründen nicht genannt ist – berichtet über die Verhältnisse in seinem Heimatland Kongo. Dadurch wird konkret, was Thomas Meinhard als Referent zunächst auf informativer Ebene vorstellt. Bereits seit den 80er-Jahren unterstützen die Franziskaner die „Kampagne gegen Rüstungsexporte“, die mittlerweile Teil von „Ohne Rüstung leben“ ist. Weil zu viele leiden, ihr Martyrium, ihre Passion erleiden – auch durch unsere Waffen, deshalb setzen wir uns mit Passion, mit Leidenschaft für ein Verbot dieser Waffen und ihren Export ein.

Mahnwache in Würzburger Fußgängerzone

Um nicht bei der Theorie stehen zu bleiben, starteten wir am Samstagnachmittag eine zweistündige Aktion in der Würzburger Fußgängerzone. Mit zwei Infoständen und Mahnwache informierten wir die vorbeikommenden Menschen und versuchten, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Das erfreuliche Ergebnis: 180 Unterschriften für eine Grundgesetzänderung. In der Reflexion wurde deutlich, dass mittlerweile schon relativ viele Leute für das Thema sensibilisiert sind. Es gab überwiegend konstruktive Gespräche. Für die meisten der Teilnehmenden war es das erste Mal, in dieser Weise in der Öffentlichkeit aufzutreten und für ein politisches Thema einzutreten. Nachdem erste Schwellenängste überwunden waren, haben sich alle mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten eingebracht und das Ganze als wertvolle Erfahrung bezeichnet. Im Vorfeld wurde die Aktion in vier Kleingruppen vorbereitet, die sich mit der Gestaltung der Mahnwache, mit den Aktions-

formen, mit der inhaltlichen Argumentation sowie der Ablauf-Logistik beschäftigten.

Mystik und Politik

Die Gebetszeiten beim Seminar und die Mitgestaltung des Palmsonntagsgottesdienstes verdeutlichten den Zusammenhang zwischen „Mystik und Politik“, zwischen franziskanischer Spiritualität und konkretem Einsatz zugunsten der Menschen. Das Grundlagenseminar 2013 war überschrieben mit dem Titel „Für das Leben“. Darum geht es: Um Lebensmöglichkeiten für alle Menschen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland seine Rüstungsexporte massiv reduziert, dass die Genehmigungsverfahren transparenter werden; dass die Bundesrepublik ihren grundgesetzlich verankerten Auftrag der Friedensförderung in anderer Weise wahrnimmt, indem personelle und finanzielle Ressourcen sowie technologisches Wissen in Präventions- und Entwicklungsprojekte fließen. Damit es keine Opfer deutscher Rüstungsexporte gibt, sondern Lebensmöglichkeiten weltweit für alle Menschen.

Wichtige Websites

www.aufschrei-waffenhandel.de

www.dfg-vk.de

www.rib-ev.de

www.zielscheibe-mensch.de

www.juergengraesslin.com (mit umfassenden Hintergrundinformationen zu Heckler&Koch und den Terminen der bislang 40 Lesungen zum Schwarzbuch Waffenhandel)

Den Opfern ein Gesicht geben Stoppt den Waffenhandel

Deutschland zählt neben den USA und Russland zu den weltweit größten Waffenexporteuren. Dabei werden Waffen nicht nur an Bündnispartner verkauft, sondern zu einem großen Teil an Staaten, in denen interne Gewaltkonflikte herrschen: Mexico, Indonesien, Saudi Arabien, Israel und viele andere. Das Katholische Bildungswerk Köln, Pax Christi und die Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“ der Deutschen Franziskanerprovinz veranstalteten zwei Abende zum Rüstungsexport im Domforum zu Köln. Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Träger des „Aachener Friedenspreises“ 2011 gilt als einer der bekanntesten deutschen Rüstungsgegner. Grässlin, dessen Buch „Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient“ gerade erschienen ist, berichtete am 2. Juli 2013 von seinen Reisen in zahlreiche Länder, in denen deutsche Waffen zum Einsatz kommen, von Aus und vom wirtschaftlichen Ausmaß deutschen Waffenexportes.

Rüstungsexporte auf dem Prüfstand

In thematischer Fortführung der Veranstaltung vom 2. Juli mit Jürgen Grässlin wurde am 9. Juli im DOMFORUM eine Podiumsdiskussion mit Politikern aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien geführt. Das Ziel des Gesprächs, in das auch die 120 Besucher der Veranstaltung eingebunden waren, lag in der Suche nach Möglichkeiten, wie ein Exportverbot für Kriegswaffen ethisch begründbar ist und politisch durchgesetzt werden kann.

Willy Wimmer (Parl. Staatssekretär beim Bundesminister d. Verteidigung a. D., CDU), Dr. Rolf Mützenich (MdB; SPD), Bijan Djir-Sarai (MdB; FDP), Kathrin Vogler (MdB; Die Linke), Katja Keul (MdB; Bündnis 90/ Die Grünen) sowie Martin Singe („Aktion Aufschrei Stoppt den Waffenhandel“) bildeten das Podium unter Moderation von Arnd Henze (ARD Hauptstadtstudio).

VERANSTALTER: KATHOLISCHES BILDUNGSWERK KÖLN,
PAX CHRISTI KÖLN, KOMMISSION „GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN“
DER DEUTSCHEN FRANZISKANERPROVINZ



Domforum 9. Juli 2013 – Diskussion mit Politikern aller Parteien

Gebet für den Frieden in Syrien in Moschee und Kirche um die Freilassung der drei entführten deutschen Geiseln

(Köln)

Christen und Muslime beteten am Mittwoch, den 3. Juli 20 Uhr in Köln in der ehemaligen Franziskanerkirche und der Bosnischen Moschee für den Frieden in Syrien und die Freilassung der drei deutschen Grünhelme. Seit dem 15. Mai waren drei Deutsche, darunter zwei Christen und ein deutsch-syrischer Muslim in Geiselhaft entführt worden.



© Winfried Seibert

Veranstalter des Gebetes: Herr Mazyek, bosnischer Imam Mustafa Hadzic, Rupert Neudeck, Herr Aiman Mazyek, Pfarrer Hans Mörtter, Bruder Jürgen Neitzert

Rupert Neudeck, Vorsitzender der Grünhelme e.V., Aiman Mazyek, Stellvertretender Vorsitzender der Grünhelme e.V. und Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, Navid Kermani, deutscher Schriftsteller und Publizist hatten zu Gebeten aufgerufen, der bosnische Imam Mustafa Hadzic, der evangelische Pfarrer Hans Mörtter und der Franziskaner Bruder Jürgen Neitzert hatten die Gebete in Moschee und Kirche mit gestaltet.

„Wir beten um den Frieden in Syrien, der so extrem gefährdet ist, aber wir beten auch für die Freilassung der drei deutschen Geiseln: Bernd Blechschmidt, Grünhelme und Industriemechaniker, Simon Sauer, Bautechniker, beide Christen, und, Ingenieur und deutsch-syrischer Muslim. Wir wünschen uns ein Ende der furchtbaren Massaker, Morde, Bombardierungen auf die Köpfe der Zivilbevölkerung in Syrien“, so hieß es im Gebetsaufruf. Die Grünhelme haben sich Anfang September 2012 in den Teil Syriens begeben, der von der Opposition kontrolliert wurde. Sie haben in der zerstörten Stadt Azaz ein Hospital wieder funktionsfähig gemacht, danach drei Schulen aufgebaut, drei Schulen in dem Ort Tal Refaat rehabilitiert und repariert, und seit Anfang März in den Ort Harem, auch in Nähe der türkischen Grenze, begeben und dort einen großen Vorschulkindergarten wieder aufgebaut. Sie hatten in den letzten Wochen vor, dort ein Hospital aufzubauen, das die Gegend mit 300.000 Menschen dringlich brauchen würde. In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai sind die drei Grünhelme entführt worden. Die zwei deutschen Nothelfer kamen wenige Tage später wieder frei und sind zurück in ihrer Heimat. Die Suche nach Ziad Nouri geht derweil weiter.

Syrien: Mönch in Franziskanerkloster durch Rebellen getötet

Pierbattista Pizzaballa,

Franziskaner- Kustos des Heiligen Landes, Kloster in Ghazzanieh

Am Sonntag, 23.6.2013 kam die traurige Nachricht aus Syrien: Pater François Mourad wurde im Franziskanerkloster Ghassanieh getötet, wo er Schutz suchte und Hilfe anbot. Er war allein im Kloster, als dieses geplündert wurde.

Pater François war gut bekannt in dieser Region, wohin er sich vor Jahren als Eremit zurückzog. Seit Kriegsbeginn verließ er seine Einsiedelei um mit einem Franziskaner in schlechtem Gesundheitszustand zu leben und einer benachbarten Schwesterngemeinschaft zu helfen.

Der Kustos des Heiligen Landes, Franziskanerpater Pierbattista Pizzaballa, sagte zu Radio Vatikan:

„Ich bestätige den Tod eines Mönches, der mit uns lebte. Es war kein Franziskaner, doch er lebte aus Sicherheitsgründen bei uns, denn er war ein Eremit. Er ist gestern durch Rebellentruppen getötet worden: Sein Name ist François Murad, er war 49 Jahre alt.“

Die Gewaltbereitschaft, die sich in dem Angriff auf ein christliches Konvent entladen habe, sei erschreckend; ihm fehlten sprichwörtlich die Worte, so Pater Pizzaballa:

„Leider ist dieses Dorf im Norden Syriens, in der Nähe der türkischen Grenze, gemeinsam mit anderen christlichen Siedlungen mittlerweile total zerstört und auch fast vollständig verlassen. Nur die Rebellen mit ihren Familien sind noch dort geblieben, Rebellen – und das muss gesagt werden – die aus dem

Ausland kommen und besonders extremistisches Verhalten an den Tag legen, zumindest diese Gruppe. Das Einzige, was wir sagen können, außer ein Gebet für Pater François und alle Opfer zu sprechen, ist, dass dieser Wahnsinn hoffentlich bald ein Ende findet und dass hoffentlich keine Waffen nach Syrien eingeführt werden, denn das hieße nur, diesen absurden Bürgerkrieg zu verlängern.“

„Ich möchte daß die Welt erfährt, daß der Westen durch die Hilfe für die Rebellen solche religiösen Extremisten unterstützt, und dabei hilft, Christen zu töten!“, so reagierte der für Syrien zuständige Franziskanerpater Halim Noujaim. „Mit dieser Einstellung wird bald kein einziger Christ in Syrien übrigbleiben“, fügte er hinzu.

